

Rede am 12.01.2017 in Frankfurt (Oder) und Fürstenwalde anlässlich der Demonstration gegen die Verlegung US-Amerikanischer Truppen nach Mittel-Osteuropa im Rahmen der Operation „Atlantic Resolve“.

Liebe Freundinnen und Freunde!

Wir haben uns hier versammelt, weil zurzeit die Ausrüstung einer US-Panzerbrigade neun Tage lang durch Deutschland Richtung Osten fährt.

Ich denke, wir müssten heute auch hier stehen, wenn Panzer Richtung Westen fahren würden. Für uns Linke ist die Losung, dass vom Deutschen Boden kein Krieg mehr ausgehen darf, eine historische Verpflichtung. Sie resultiert für uns aus den europäischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts und der verbrecherischen Rolle Deutschlands darin.

Krieg darf aus unserer Sicht kein Mittel der Politik sein. Bomben und Panzer schaffen keinen Frieden! Egon Bahr hatte Recht, als er formulierte:

„Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“.¹

Die Truppenverlegung im Rahmen einer umfassenden NATO-Strategie soll Russland abschrecken. Doch diese Machtdemonstration birgt eine große Gefahr, sie beschleunigt eine gefährliche Spirale der Militarisierung.

„Die 250 Panzer, 1750 weitere Fahrzeuge und Frachtcontainer werden von 375 US-Soldaten begleitet. Die übrigen rund 3.600 Angehörigen der dritten schweren Kampfbrigade der vierten US-Infanteriedivision fliegen von Fort Carson im US-Bundesstaat Colorado direkt ins »Einsatzgebiet«“.²

„Atlantic Resolve“ ist kein Alleingang der Amerikaner. Sie ist Teil der NATO-Strategie, verstärkt militärische Präsenz in den osteuropäischen Mitgliedstaaten und Partnerländern zu zeigen.

Die nun entsandte Panzerbrigade wird von ihrem künftigen Hauptquartier in Polen aus auf fünf weiteren osteuropäischen Staaten verteilt und nach neun Monaten gegen eine andere Einheit ausgetauscht. Mit dem „regelmäßigen Austausch“ will das Militärbündnis die NATO-Russland-Akte umgehen, in der sich beide Seiten 1997 darauf verständigt hatten, dass die NATO an Russlands Grenzen nicht „dauerhaft“ zusätzlich größere Einheiten stationiert. Russland sieht darin eine Wortklauberei und fühlt sich durch diese NATO-Aktivität bedroht.

Der Nachrichtensender n-tv schreibt mit Bezug auf eine Studie des früheren Bundeswehr-Oberst Wolfgang Richter für die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP):

„Der Kreml sehe sich durch die Abschreckungspolitik der Nato in seiner Wahrnehmung bestätigt, dass die wahre Aggression vom Westen ausgehe, angefangen bei der Nato-Osterweiterung, dem teilweise schon umgesetzten US-Raketenabwehrschild in Tschechien und Polen sowie dem zeitweisen Flirt einiger Nato-Staaten mit dem Kaukasusstaat Georgien.

Auch beim Völkerrecht ist aus russischer Sicht kein Verlass auf den Westen: So waren weder die militärische Intervention im Kosovokrieg 1999 noch der Einmarsch im Irak 2003 oder der Sturz des libyschen Diktators Gaddafi von den Vereinten Nationen beschlossen. Das erklärt auch, warum der Kreml seinerseits die Grenzziehungen in seinem globalen Umfeld als flexibel betrachtet – von der Annexion der Halbinsel Krim über die Unterstützung der Unruhen in der Ostukraine bis hin zur Finanzierung von Separatistenstaaten wie Transnistrien und Südossetien.

So ist die große Roadshow der US-Armee in Osteuropa kein Zeichen westlicher Stärke und Geschlossenheit. Sie ist vor allem Ausdruck der Sprachlosigkeit und gegenseitigen Misstrauens.^{“3}

Der Politik- und Militärexperte Richter sieht die derzeitige Gefahr in einer destabilisierenden „Abfolge militärischer Aktionen und Reaktionen im Verhältnis zwischen Moskau und der Allianz“⁴.

In einer Phase der Destabilisierung kann eine bloße Drohgebärde schnell als echter Angriff missverstanden werden und es ist nur noch ein kleiner Schritt zu einem großen Konflikt, den eigentlich niemand wollen kann.

Deshalb fordern wir hier und heute klar und unmissverständlich, die Spirale der Aufrüstung, des Säbelrasselns und der Bedrohung muss gestoppt werden und dazu gehört, dass die Spirale der Aufrüstung, also auch das aktuelle NATO-Manöver gestoppt werden muss!

Liebe Freundinnen und Freunde,

aber dabei können wir nicht stehen bleiben. Die Konflikte in Mittelosteuropa, im Nahen Osten, in Mittel- und Süd-Ost-Asien werfen für viele von uns die Frage auf, wie wir uns in diesen Konflikten positionieren.

Ob und für wen wir Partei ergreifen.

Gerade hinsichtlich des militärischen Agierens Russlands, sind wir vor dem Hintergrund des großen Anteils der Sowjetunion an der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus und dem Vorgehen der NATO verunsichert.

Wir haben Hitlers Überfall auf die Völker Europas, auf die Sowjetunion nicht vergessen und demonstrieren hier in einer Region, wo tausende sowjetische und polnische Soldatengräber unvergesslich darauf hinweisen, wie viele überwiegend junge Menschen aus diesen Ländern ihr Leben gaben, weil Deutsche nicht in der Lage waren, Faschismus und Krieg zu verhindern.

Wir alle stehen in ihrer Schuld.

Doch das heutige Russland ist nicht die Sowjetunion und so teile ich an dieser Stelle die von Sahra Wagenknecht zum Jahresbeginn vorgenommene Einschätzung:

„Nachdem der russische Einflussbereich immer kleiner geworden war und die NATO sich bis an die russische Westgrenze ausgedehnt hatte, hat Putin signalisiert: bis hierhin und nicht weiter. Machen wir uns nichts vor, beide – die USA und Russland – betreiben eine imperiale Politik.

Beide haben im Nahen Osten nicht interveniert, weil es ihnen um Menschenrechte und Demokratie geht.

Sondern um Einflusszonen.

Es gibt keine Entschuldigung für Kriege um Einfluss, Öl, Gas und Macht. Aber das gilt für alle Seiten.“⁵

Liebe Freundinnen und Freunde,

Es gibt heute kaum einen Staatschef, kein Land oder relevantes Staatenbündnis mehr, der oder das für Entspannung, Abrüstung oder dafür eintritt, dass Krieg kein Mittel der Politik mehr sein darf.

Das Gegenteil ist international die Normalität geworden. Auch das Völkerrecht dient heute immer öfter nur noch zur Begründung militärischen Vorgehens und von Krieg. Steht dieses Recht den Interessen der Großmächte und oder der NATO im Weg, ist man bereit, es jederzeit zu ignorieren. Das ist eine katastrophale Entwicklung, die gestoppt werden muss.

Damit stehen wir vor der Frage, wie beurteilen wir diese Lage als Linke und wie vertreten wir in diese Situation eine aus unserer Sicht glaubwürdige Position? Bei wem finden wir in unserem Kampf für Frieden Halt und Orientierung.

Am kommenden Wochenende werden sicher nicht wenige von uns zu den Gräbern von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ziehen. Sie waren und sind unsere antiimperialistischen und antimilitaristischen Vorkämpfer.

In ihrer Verteidigungsrede vor der Frankfurter Strafkammer sagte Rosa Luxemburg im Februar 1914:

(Nach einem Zeitungsbericht wurde am 20. Februar 1914 vor der 2. Strafkammer des Landgerichts Frankfurt (Main) ein Prozess gegen Rosa Luxemburg durchgeführt, weil sie in zwei Versammlungen – in Fechenheim am 25. September 1913 und in Bockenheim am 26. September 1913 zum Kampf gegen die Kriegsgefahr aufgerufen und die Arbeiter aufgefordert hatte, im Falle eines Krieges nicht auf ihre Klassenbrüder in Frankreich und in anderem Ländern zu schießen. Rosa Luxemburg wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Gegen das Urteil fanden im Februar und März 1914 in vielen Städten Deutschlands Protestkundgebungen statt.)

„Wir sind der Auffassung, daß Kriege nur dann und nur so lange geführt werden können, als die arbeitende Volksmasse sie entweder begeistert mitmacht, weil sie sie für eine gerechte und notwendige Sache hält, oder wenigstens dulgend erträgt.

Wenn hingegen die große Mehrheit des werktätigen Volkes zu der Überzeugung gelangt – und in ihr diese Überzeugung, dieses Bewußtsein zu wecken ist gerade die Aufgabe, die wir Sozialdemokraten uns stellen –, wenn, sage ich, die Mehrheit des Volkes zu der Überzeugung gelangt, daß Kriege eine barbarische, tief unsittliche, reaktionäre (...) Erscheinung sind, dann sind die Kriege unmöglich geworden...“⁶

Ich denke, es ist heute erneut unsere Aufgabe, dieses Bewusstsein bei der Mehrheit der Bevölkerung zu wecken oder dort, wo es vorhanden ist, öffentlich eindeutig zu vertreten.

Wir finden auch Halt und Orientierung bei zwei deutschen Friedensnobelpreisträgern. Wir finden sie beim aufrechten Kampf von Carl von Ossietzky, der mutig wie nur wenige in der Weimarer Republik gegen die Wiederaufrüstung der Reichswehr und gegen den aufkommenden Faschismus kämpfte. Auch heute ist die Auseinandersetzung und Bekämpfung der deutschen und weltweiten Aufrüstung und der Rüstungsexporte für uns eine hochaktuelle Aufgabe, die wir mit dem gleichen Mut wie er angehen sollten.

Und wir finden Orientierung bei Willy Brandt. In seiner Rede „Friedenspolitik in unserer Zeit“ sagte er in der Universität Oslo bei der Entgegennahme des Nobelpreises 1971:

„Meine Grundsätze will ich gerade jetzt deutlich unterstreichen:

Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Es geht darum, Kriege abzuschaffen, nicht nur, sie zu begrenzen. Kein nationales Interesse läßt sich heute noch von der Gesamtverantwortung für den Frieden trennen. Jede Außenpolitik muß dieser Einsicht dienen. Als Mittel einer europäischen und weltweiten Sicherheitspolitik hat sie Spannungen abzubauen und die Kommunikation über die Grenzen hinweg zu fördern...

Krieg ist nicht mehr die ultima ratio, sondern die ultima irratio.

Auch wenn das noch nicht allgemeine Einsicht ist: Ich begreife eine Politik für den Frieden als wahre Realpolitik dieser Epoche... Unter der Drohung einer Selbstvernichtung der Menschheit ist die Koexistenz zur Frage der Existenz überhaupt geworden. Koexistenz wurde nicht zu einer unter mehreren akzeptablen Möglichkeiten, sondern zu einzigen Chance zu überleben...

Von der realen Lage ausgehen, das hieß, niemandes territoriale Integrität in Frage zu stellen, sondern die Unverletzlichkeit der Grenzen anzuerkennen...

Wir müssen der Gewalt und der Androhung von Gewalt im Verkehr der Staaten entsagen, endgültig und ohne Ausnahme. Das schließt die Unverletzlichkeit bestehender Grenzen notwendig ein. Unantastbarkeit der Grenzen kann jedoch nicht heißen, sie als feindliche Barrieren zu zementieren...

Über den allgemeinen Gewaltverzicht – sei er bilateral oder multilateral ausgesprochen – hinaus können wir mehr Sicherheit erreichen durch gleichberechtigte europäische Teilnahme an speziellen Vereinbarungen über Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle.

Über den ausgewogenen Abbau von Truppenstärken in der Mitte Europas muß konkret verhandelt werden...

Das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse anderer Staaten muß respektiert werden, aber Nichteinmischung ist nicht genug.

Ein Europa des Friedens braucht die Bereitschaft zum Hinhören auf die Argumente des anderen, denn das Ringen der Überzeugungen und Interessen wird weitergehen.

Europa braucht Toleranz.

Nicht moralische Gleichgültigkeit, sondern Gedankenfreiheit.⁶⁷

Liebe Freundinnen und Freunde,

diese politische Orientierung ist heute aktueller denn je und bei weitem nicht nur für uns.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Quellenangaben:

¹ http://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0091_bah_de.pdf

² <http://www.n-tv.de/politik/Die-riskante-Roadshow-der-US-Armee-rollt-article19489381.html>

³ <http://www.n-tv.de/politik/Die-riskante-Roadshow-der-US-Armee-rollt-article19489381.html>

⁴ https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2016A41_rrw.pdf

⁵ <http://www.sahra-wagenknecht.de/de/article/2473.merkels-politik-hat-die-afd-gro%C3%9F-gemacht.html>

⁶ https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Rede_Frankfurt.pdf

⁷ <http://www.a-k-daesch.de/brandt.html>